

**Motion Fraktion GLP (Melanie Mettler, GLP): Baudirektion statt Präsidi-
direktion**

Von kaum einer politischen Partei wird bestritten, dass es in der Stadt Bern zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Weitgehend Einigkeit herrscht auch darüber, dass nur der Bau von zusätzlichem Wohnraum Abhilfe schafft. Obwohl der politische Wille offenbar vorhanden ist und in den letzten Jahrzehnten auch stets vorhanden war, ist nicht in genügendem Mass neuer Wohnraum entstanden. Dies deutet darauf hin, dass es sich auch um ein strukturelles Problem handelt.

Ein möglicher Grund für die schleppende Bautätigkeit liegt in der geteilten Zuständigkeit und Verantwortlichkeit innerhalb der Stadtverwaltung. Sind doch nach der Auflösung der STABE die Stadtplanung und der Hochbau bei der PRD angesiedelt, wohingegen die Bewirtschaftung der Immobilien im Finanz- und Verwaltungsvermögen durch die FPI und die strategische Führung des Finanzvermögens durch die der FPI angegliederte Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik erfolgt.

Um klare politische Verantwortlichkeiten zu schaffen sollte deshalb das gesamte Planungs-, Bau- und Immobilienwesen unter der Verantwortung einer Baudirektorin oder eines Baudirektors zusammengeführt werden.

Damit für diese Aufgabe genügend Ressourcen vorhanden sind, sollte im Gegenzug das Amt der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten jedes Jahr von einem anderen Mitglied des Gemeinderats wahrgenommen werden, wie sich das bei Bund und Kanton bestens bewährt. Das Modell einer einzelnen Identifikationsfigur für die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt ist nicht mehr zeitgemäss. Der Einfluss einer Einzelperson als Lobbyist für die Gemeinde Bern wird überschätzt gegenüber dem Einfluss des Gesamtgremiums. Es ist eine der Stärken des politischen Systems in der Schweiz, dass nicht Einzelfiguren als Gesicht der Regierung funktionieren müssen, sondern die Funktion und Aufgaben im Zentrum stehen. Als positiver Nebeneffekt würden dadurch künftig auch die Stadtpräsidiumswahlen entfallen, was den Fokus wieder mehr auf die politisch wesentlicheren Gemeinderatswahlen richten würde.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf,

1. dem Stadtrat eine GO-Änderung vorzulegen, wonach die Rolle des Stadtpräsidenten jährlich wechselnd von einem Mitglied des Gemeinderates wahrgenommen werden soll;
2. dafür zu sorgen, dass das gesamte Planungs-, Bau- und Immobilienwesen unter der politischen Verantwortung eines Mitglieds des Gemeinderates zusammengeführt wird.

Bern, 20. Oktober 2016

Erstunterzeichnende: Melanie Mettler

Mitunterzeichnende: Daniel Imthurn, Marco Pfister, Patrick Zillig, Andrin Soppelsa, Kurt Hirsbrunner, Hans Kupferschmid, Philip Kohli, Lionel Gaudy, Martin Mäder, Isabelle Heer, Daniel Egloff, Mess Barry